

Übersichten

November 2000

Außenpolitik

1 Wächst die militärische Bedrohung Taiwans?

In Kreisen des chinesischen Militärs glaubt man offenbar immer weniger an die Möglichkeit einer friedlichen Wiedervereinigung mit Taiwan. So mehren sich in letzter Zeit Aktivitäten und Stellungnahmen, die nur als Warnung gegen Taiwan zu verstehen sind. Mit einem zeitlichen Abstand von nur wenigen Wochen wurden seit Oktober beispielsweise drei Manöver durchgeführt, die die Angriffsfähigkeit chinesischer Truppen unter Beweis stellen sollten. Hatte Jiang Zemin im Oktober einem Großmanöver nahe Beijing beigewohnt und war der US-General Henry Shelton Anfang November bei der zweiten Truppenübung als ausländischer Beobachter zugegen gewesen, wurde das bislang dritte Manöver in kurzer Folge in der Provinz Henan vom Stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission, Zhang Wannian, überwacht. Die Häufung dieser Manöver ist nach Ansicht interna-

tionaler Beobachter als Warnung an Taiwan zu betrachten, dass die VR China auf einen Krieg gut vorbereitet sei, sollte man in Taiwan einen falschen Schritt in Richtung Unabhängigkeit unternehmen. (SCMP online, 13.11.00)

Zhang Wannian, nach Jiang Zemin die Nummer Zwei in der Zentralen Militärkommission, hatte erst Anfang des Jahres Zeng Qinghong vom Posten des Stellvertretenden Leiters der Zentralen Führungsgruppe für Taiwan-Angelegenheiten abgelöst. Nach Informationen der in Hongkong erscheinenden Tageszeitung *Dongfang Ribao* soll Zhang auf einer bereits Anfang Oktober in Guangzhou stattgefundenen Arbeitskonferenz der Volksbefreiungsarmee (VBA) gesagt haben, „es sei sicher, dass in der Zeit des Zehnten Fünfjahresplanes (2001-2005) ein Krieg in der Taiwan-Straße unausweichlich sein werde“. „Die VBA werde den ersten Schlag führen, dabei auf die Ausschaltung der Elektrizitätsversorgung und die Neutralisierung der taiwanischen Kampfflugzeuge abzielen. Dieses Ziel könne mit den gegenwärtig in China verfügbaren Waffen mit einem Schlag erreicht werden. Kernkraftwerke sollten dabei jedoch verschont bleiben, da deren Zerstörung den Interessen der taiwanischen Bevölkerung und der natürlichen Umwelt schade. Man sei auch durchaus in der Lage, in Gebäuden versteckte Soldaten zu töten und zu verletzen, ohne jedoch Gebäude, Ausrüstung und Waffen zu zerstören, um so die Schäden in Taiwan zu minimieren.“ (*Dongfang Ribao* online, 19.11.00, nach SWB, 21.11.00)

Unklar blieb, ob sich diese Aussage Zhangs auf die Anwendung von Waffen bezog, die den Graphitbomben ähnlich sind, die die USA während der Luftangriffe auf Ziele in Jugoslawien zur Ausschaltung der Stromversorgung abwarfen, oder ob die Ausführungen auf einen möglichen Einsatz einer Neutronenbombe hindeuten sollten (ebd.). Die ebenfalls von der *Dongfang Ribao* kolportierte Aussage Zhangs, es bestünden inzwischen kaum noch Unterschiede in der technologischen Qualität von Mittelstreckenraketen zwischen China und den USA (ebd.), könnte auf eine Warnung vor dem Einsatz von Neutronenwaffen hindeuten.

Als neue Qualität der militärischen Bedrohung Taiwans bewertete ein US-Militärexperte auch eine Anfang November auf der jährlichen Luftfahrtschau in Zhuhai erstmals öffentlich als Modell gezeigte Entwicklung einer chinesischen Überschallrakete zum Einsatz gegen Schiffe oder Radaranlagen. Diese öffentliche Zurschaustellung eines solchen Waffenmodells wurde zum einen als erste Bestätigung der Existenz eines Entwicklungsprogramms für eine derartige Rakete gewertet, die, von einem chinesischen Kampfflugzeug des Typs JH-7 abgeschossen, auf Grund ihrer Überschallgeschwindigkeit nicht im Flug zu zerstören sei und leicht taiwanische Ziele erreichen könne. Zum anderen könnte dies auch darauf hindeuten, dass die VR China einen Export dieses Waffensystems anstreben könnte (SCMP, 7.11.00), was allerdings im Gegensatz zu der chinesischen Absichtserklärung steht, keine derartigen Technologien mehr exportieren zu wollen. (Vgl. nachfolgende Übersicht) -kg-

2 Aufhebung von US-Sanktionen gegen Verzicht auf Proliferation atomwaffentauglicher Technologie

Gemäß einer am 22. November in den staatlichen chinesischen Medien veröffentlichten Erklärung des Außenministeriums wird China künftig keinem Staat mehr in irgendeiner Form Hilfe bei der Entwicklung ballistischer Raketen leisten, die in der Lage sind, atomare Sprengköpfe zu tragen. China erklärte ausdrücklich, künftig keinerlei Materialien, Technologien oder Produkte militärischer oder ziviler Natur mehr exportieren zu wollen, die dazu genutzt werden könnten, Raketensysteme mit atomarer Bewaffnung herzustellen. Zu diesem Zwecke solle eine Liste nicht zum Export freizugebender Produkte erstellt werden, wobei man sich an den Erfahrungen anderer Länder orientieren werde. (SCMP, 23.11.00; SZ online, 23.11.00)

Die chinesische Regierung, die im Verdacht steht, über Jahre hinweg Staaten wie den Iran oder Pakistan mit Raketentechnologie ausgestattet zu haben (SZ online, 23.11.00), hatte bereits vor zwei Jahren zugesagt,

chert, keine vollständigen Raketensysteme mehr zu exportieren (SCMP, 23.11.00). Mit den jetzigen als Geste guten Willens gewerteten Zugeständnissen, die über alles hinausgehen, wozu die chinesische Seite bislang bereit war, setzt Beijing nun de facto den Schlusspunkt unter bereits zwei Jahre andauernde Verhandlungen mit den USA (SCMP, 23.11.00).

Die USA reagierten prompt mit der Aufhebung von Handelsbeschränkungen, die auf Grund der chinesischen Haltung bisher insbesondere für bestimmte Produkte der Raumfahrt- und Satellitentechnologie gegen China gegolten hatten. Auch der Transport amerikanischer kommerzieller Satelliten mit billigen chinesischen Trägerraketen wird zum beiderseitigen Nutzen wieder möglich. Beijing reagierte bereits mit der Ankündigung der Ausweitung dieses Geschäftsfelds und stellte den Eintritt Chinas in die bemannte Weltraumfahrt in Aussicht (SCMP, 23.11.00). Besonders freudig begrüßt wurde die amerikanische Entscheidung zur Aufhebung des Embargos auf beiden Seiten von Unternehmen der Telekommunikations- und Satelliten-Industrie (SCMP, 23.11.00).

Dabei geht es der chinesischen Seite keineswegs nur um die Aufhebung wirtschaftlicher Sanktionen und das Satellitengeschäft. Es scheint vielmehr so zu sein, dass mit einem Entgegenkommen Chinas noch vor der Beendigung der Amtszeit von US-Präsident Clinton positive Signale in Richtung der zukünftigen US-Regierung ausgesendet werden sollen. Die Versicherung, dass weder Pakistan noch Iran oder Nord-Korea chinesische Unterstützung in ihren atomaren Rüstungsanstrengungen erhalten werden, erscheint aus der Sicht Beijings als geeignet, eine möglicherweise China weniger wohl gesonnene US-Regierung im Falle einer Weiterverfolgung der Raketenabwehrsysteme NMD und TMD unter größeren Rechtfertigungsdruck zu setzen.

Ob dieses Ziel erreicht werden kann, scheint ungewiss. Auf Seiten der USA geht man nicht von einem fundamentalen Richtungswechsel in der chinesischen Sicherheitspolitik aus; vielmehr bestehen dort nach Ansicht von Beobachtern in Hongkong Zweifel an der Einhaltung der chinesischen Absichts-

erklärung sowie der Überprüfbarkeit. (SCMP, 23.11.00) -kg-

3 Was bringt China welcher neue US-Präsident?

Die Präsidentschaftswahlen, das Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden Kandidaten Bush und Gore und nicht zuletzt der auch nach dem Wahltag weiterhin offene Ausgang des Urnengangs in den USA gaben in China reichlich Anlass zur Diskussion. Überwiegt in China im Zusammenhang mit grundsätzlichen Fragen des amerikanischen politischen Systems das Befremden über das Procedere und das juristische Tauziehen (vgl. auch die Übersicht zur Innenpolitik), so fragt man sich aus außenpolitischer Sicht, ob und welche Veränderungen in der Haltung der USA gegenüber der VR China von Gore oder Bush zu erwarten sind.

Zwar glaubten einzelne chinesische Kommentatoren angesichts eines möglichen neuen US-Präsidenten George W. Bush, die Alarmglocken klingen lassen und vor einem Rückfall in die Zeiten des Kalten Krieges warnen zu müssen (BR, 17.10.00); im Großen und Ganzen scheint man in China jedoch davon auszugehen, dass sich die zukünftige Chinapolitik der beiden Kandidaten letztlich nur graduell unterscheiden werde (SCMP, 4.11.00).

Allgemein wird Al Gore größere Sympathie entgegengebracht, weil er die Beziehungen zu China als strategische Partnerschaft beschreibt, während Bush Junior die VR China als strategischen Konkurrenten bewertet und von ihm erwartet wird, dass er sich für die Verwirklichung der TMD-Pläne unter Einbeziehung Taiwans stark machen werde (SCMP, 7.11.00). Auch wird erwartet, Bush würde sich aus ideologischen und strategischen Erwägungen heraus zu Chinas Nachteil in Asien stärker Japan und Indien zuwenden (NZZ online, 17.11.00). Die größten Befürchtungen richten sich auf chinesischer Seite auf die Möglichkeit einer Verhärtung der amerikanischen Politik gegenüber China im Falle eines Sieges von Bush und einer gleichzeitigen republikanischen Mehrheit im US-Kongress (SCMP, 9.11.00). Aus der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften kam jedoch die Einschätzung, alle Oppositionskandi-

daten im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf wären in der Vergangenheit tendenziell eher als Hardliner aufgetreten, um Profil zu gewinnen, und hätten sich dann in ihrer Amtsausübung schließlich deutlich gemäßigter gezeigt (SCMP, 7.11.00).

Aus chinesischer Sicht positiv zu bewerten war die Tatsache, dass erstmalig seit 1979 weder die China-Politik noch die Taiwan-Frage eine Rolle im Wahlkampf spielten und auch in den drei landesweit übertragenen Fernsehdebatten nicht Thema waren. So überwiegt in der VR China die Zuversicht, die USA wüssten, dass sie auf China als Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat und regionale Großmacht in Hinsicht auf die Wahrung von Sicherheit und Stabilität in Südasiens ebenso angewiesen sein werden wie im Kampf gegen internationalen Drogenhandel und das organisierte Verbrechen. (SCMP, 9.11.00)

Insgesamt geht man daher in China davon aus, dass beide Kandidaten eine Einbindung Chinas der Eindämmung vorziehen, lediglich die Umsetzung dieser politischen Grundhaltung Unterschiede aufweisen werde (SCMP, 4.11.00). Man nimmt allgemein an, dass zukünftig in erster Linie die Wirtschaft das Verhältnis zwischen den USA und China bestimmen wird, da insbesondere die Republikanische Partei als Vertreterin wirtschaftlicher Interessen gilt. Dieser Überzeugung verleihe auch Prof. Guo Xiangang vom Institut für Internationale Beziehungen in Beijing Ausdruck. „Wer auch immer das Präsidentenamt übernehmen werde, (...) was zukünftig am meisten zählen werde, seien die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen“ zwischen beiden Staaten (SCMP, 9.11.00). -kg-

4 Scharfe Proteste gegen Freigabe von US-Haushaltsmitteln für „anti-chinesische“ Aktivitäten

Der scheidende US-Präsident Clinton unterzeichnete Anfang November das *Gesetz über die Zuweisung (von Haushaltsmitteln) für Auslandsaktivitäten, Exportfinanzierung und damit verbundene Programme 2001* und beschwor damit harsche chinesische Kritik herauf. (XNA, 10.11.00)

Mit seiner Unterschrift unter das Gesetz, das bereits vor Monaten erfolgreich beide Häuser des amerikanischen Parlaments passiert hatte, gab Clinton u.a. Mittel für Programme im Haushaltsjahr 2001 frei, die von Beijing als nicht hinnehmbare Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas und Verletzung der allgemeinen Normen des internationalen Rechts angesehen werden (Xinhua, 10.11.00, nach SWB, 13.11.00). Darunter fällt aus chinesischer Sicht die Finanzierung einer Kommission, die die Menschenrechtssituation in China überwachen und dem Kongress jährlich Bericht darüber erstatten soll, ebenso wie die Vergabe von amerikanischen Staatsmitteln an NGOs, die für eine Demokratisierung in China eintreten, oder die Bereitstellung von Mitteln an tibetische Flüchtlinge zum Ankauf von Land im nordindischen Exil (SCMP, 11.11.00).

Eine Bestimmung in dem Gesetz, die Konsultationen mit dem Kongress über amerikanische Waffenverkäufe an Taiwan vorsieht (ebd.), wird von der Kommission für Außenpolitik des Nationalen Volkskongresses (NVK) als anti-chinesisch und schwerwiegender Verstoß gegen amerikanisch-chinesische Vereinbarungen gewertet (Xinhua, 10.11.00, nach SWB, 13.11.00). Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhu Bangzao, betonte, mit diesem Gesetz unterstützten die USA Separatisten und andere China feindlich gesonnene Elemente, mischten sich in die inneren Angelegenheiten Chinas ein und instrumentalisierten die Themen Taiwan, Menschenrechte und Tibet, um den Interessen Chinas schweren Schaden zuzufügen (XNA, 11.11.00).

In einer Erklärung wendete sich ein Sprecher der Kommission für Außenpolitik des NVK insbesondere gegen die Taiwan betreffenden Bestimmungen, die einen schwerwiegenden Verstoß gegen das gemeinsame Kommuniqué der USA und der VR China vom 17. August 1982 darstellten, mit dem sich die USA verpflichtet hatten, nicht längerfristig Waffen an Taiwan zu verkaufen, Qualität und Quantität der an Taiwan gelieferten Waffen auf dem Niveau der ersten Jahre nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China einzufrieren und schrittweise bis zu einer endgültigen Lö-

sung des Problems zu reduzieren. Im Gegensatz zu ihrer Verpflichtung aus diesem Kommuniqué hätten die USA in den letzten Jahren keineswegs ihre Waffenlieferungen an Taiwan eingestellt, sondern vielmehr sowohl qualitativ als auch quantitativ ausgeweitet, was nicht nur zur Stärkung der „Arroganz“ derjenigen Kräfte in Taiwan beigetragen habe, die für eine Unabhängigkeit der Insel eintreten, sondern auch zu einer gespannten Lage geführt habe und die friedliche Wiedervereinigung behindere. (Xinhua, 10.11.00, nach SWB, 13.11.00)

In Anbetracht der schädlichen Wirkung auf die chinesisch-amerikanischen Beziehungen forderte Zhu Bangzao die USA daher auf, sofort alle Handlungen einzustellen, die eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas darstellten und den Interessen des Landes schaden. (XNA, 11.11.00) -kg-

5 China und Kambodscha - Umarmung unter dem Schatten der Roten Khmer

Proteste von kambodschanischen Studenten drohten den ersten Besuch eines chinesischen Staatsoberhauptes in Phnom Penh seit 1963 zu überschatten. Anders als bei Besuchen hochrangiger chinesischer Politiker beispielsweise in Ländern Europas richtete sich die Kritik der Demonstranten jedoch nicht gegen Menschenrechtsverletzungen in der VR China. Vielmehr drohte der chinesische Staatspräsident von der Vergangenheit des chinesischen Engagements in Kambodscha eingeholt zu werden.

China war lange Zeit der wichtigste Verbündete des außenpolitisch völlig isolierten Regimes der Roten Khmer gewesen und hatte Pol Pot, der von 1975 bis 1979 eine Schreckensherrschaft im damaligen Kampuchea errichtet hatte und mit seinen Khmer Rouge für den Tod von ca. 1,7 Millionen Menschen verantwortlich zeichnete, auch militärisch und finanziell unterstützt. (SCMP, 31.10.00; 7.10.00)

Im Vorfeld des Besuchs Jiang Zemin in Kambodscha Mitte November hatten Demonstranten daher mehrfach eine offizielle Entschuldigung Chinas für die Unterstützung der Khmer Rouge in den siebziger Jahren gefor-

dert (SCMP, 7.11.00). Von den zu meist der politischen Opposition zuzurechnenden Demonstranten wurde auch verlangt, China solle 100.000 US\$ an die Hinterbliebenen für jedes Todesopfer des Regimes der Roten Khmer zahlen (ebd.; SCMP, 31.10.00).

Vielfach wurde auch Unmut darüber geäußert, China könnte durch die Ankündigung seines Vetos im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein internationales Tribunal gegen noch lebende Führer der Roten Khmer zum Scheitern gebracht haben, über das es erst dieses Jahr zu einer ersten Verständigung zwischen der kambodschanischen Regierung und der UNO gekommen war. China bestritt dies. Weder die kambodschanische Regierung noch die Nationalversammlung haben jedoch bislang ein Gesetz zur Einrichtung eines entsprechenden Gerichts auf den Weg gebracht. (SCMP, 31.10.00; 7.11.00)

Der Versuch einer Übergabe der Petition mit den oben genannten Forderungen an die chinesische Botschaft in Phnom Penh scheiterte, weil die Entgegennahme eines solchen Dokuments von der diplomatischen Vertretung aus formalen Gründen abgelehnt wurde. Man verwies die Demonstranten auf die offiziellen Kommunikationskanäle auf Regierungsebene. (SCMP, 7.11.00)

Von der kambodschanischen Regierung dürfte ein derartiger Schritt jedoch aus verschiedenen Gründen kaum zu erwarten sein. Zunächst einmal sitzen ehemalige Mitglieder der Khmer Rouge heute in der kambodschanischen Regierung; Premierminister Hun Sen ist nur einer von ihnen. Zum anderen ist China eines der wichtigsten Geberländer Kambodschas, dessen Staatshaushalt zur Hälfte aus ausländischer Finanzhilfe gespeist wird. (SCMP, 31.10.00)

Daher war es wenig verwunderlich, dass die kambodschanische Regierung verlauten ließ, sie plane keineswegs, eine Entschuldigung zu fordern (SCMP, 31.10.00). Vielmehr betonte Regierungssprecher Khieu Kanharith, man solle die Vergangenheit ruhen lassen, schließlich hätten viele Länder und auch die Vereinten Nationen einst die Roten Khmer unterstützt (ebd.). China lehnt ohnehin jegliche Verantwor-

tung für die Verbrechen der Khmer Rouge ab (SCMP, 7.11.00; 14.11.00).

Während seines Besuches unterzeichnete Jiang Zemin gemeinsam mit Hun Sen eine Anzahl von Vereinbarungen über wirtschaftliche Kooperation und finanzielle Hilfe Chinas an Kambodscha, die ein Gesamtvolumen von etwa 12 Mio. US\$ besitzen (SCMP, 15.11.00). Im Gegenzug zeigte die kambodschanische Seite China ihre Dankbarkeit dadurch, dass sie sich in überaus deutlichen Worten zur Ein-China-Politik bekannte (XNA, 15.11.00).

Weiter hieß es auf Seiten der kambodschanischen Regierung, man sei China als großem Land dafür zu Dank verpflichtet, dass es in seiner Politik kleine Länder wie Kambodscha niemals diskriminiere, sie vielmehr völlig gleichberechtigt behandle. (XNA, 9.11.00)

So besteht denn auch Einigkeit darin, dass dieser Besuch Jiang Zemin als Erfolg in der erst vor einigen Jahren eingeleiteten Umarmungspolitik gegenüber Kambodscha und auch Laos zu werten ist (SCMP, 15.11.00). Durch seine Hilfsangebote an diese Länder, die nicht wie die westlicher Länder mit weit reichenden Bedingungen verbunden sind, ist es der VR China offensichtlich gelungen, zwei gute Verbündete in der Gruppe der ASEAN-Staaten zu gewinnen (*The Nation* online, 15.11.00, nach FBIS, 15.11.00). -kg-

6 Chinas Interesse an Laos

Vom 11. bis zum 13. November besuchte mit Jiang Zemin zum ersten Mal ein chinesischer Staatspräsident das südliche Nachbarland Laos. Jiang erwiderte damit den Chinabesuch seines laotischen Amtskollegen vom Juli dieses Jahres. (XNA, 10.11.00; SCMP, 13.11.00)

Die Beziehungen zwischen beiden Ländern, die in den achtziger Jahren auf Grund des zehn Jahre währenden Grenzkriegs zwischen Vietnam als damals engstem Verbündeten von Laos und der VR China äußerst angespannt waren, entwickeln sich seit der Normalisierung im Jahr 1989 zufriedenstellend. China war nach eigenem Bekunden immer bemüht, die bilateralen

Beziehungen zu stärken und die gutnachbarliche Kooperation auszubauen. Dies tat die chinesische Regierung seit der Beilegung von Meinungsunterschieden über den Verlauf der gemeinsamen Grenze im Jahr 1992 in erster Linie durch eine Reihe von unverzinslichen oder niedrig verzinsten Krediten. (XNA, 10.11.00)

Bislang wurden von chinesischen Unternehmen im Verlauf der letzten zehn Jahre fast eine Mrd. US\$ in Laos investiert. Unter diesen 74 Projekten befinden sich 49 vollständig in chinesischem Besitz. Auch die erste Zementfabrik des Landes wurde 1995 unter chinesischer Regie errichtet und wird von chinesischer Seite als wichtigster Beleg für die positive Entwicklung der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit angesehen (XNA, 10.11.00). Der bilaterale Handel zwischen China und dem von ausländischer Hilfe stark abhängigen Laos blieb jedoch lange weitestgehend auf den kleinen Grenzverkehr beschränkt und erfüllte damit nicht die Erwartungen Beijings. Erst die Asienkrise, die Thailand als den wichtigsten Handelspartner von Laos besonders hart traf, führte zu einer stärkeren Hinwendung zu China, aber auch zu Vietnam (SCMP, 13.11.00). Waren aus chinesischer Produktion sind inzwischen in Laos allgegenwärtig (*The Nation* online, 15.11.00, nach FBIS, 15.11.00).

Beobachter gehen daher davon aus, dass mit dem Besuch Jiangs in Laos und der Unterzeichnung einer Vereinbarung über technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Versuch unternommen werden sollte, den chinesischen Einfluss auf das Land über den Handel, über Investitionen und mit diplomatischen Mitteln auszuweiten (SCMP, 13.11.00). In diesem Zusammenhang ist wohl auch die Einrichtung von 55 Stipendien für laotische Studenten in China sowie die geplante Fortbildung zu sehen, die 100 hochrangige Beamte aus Laos in diesem Jahr in China erhalten sollen (XNA, 10.11.00).

Über den Umfang der Hilfen, die die chinesische Regierung Laos im Rahmen des neuen Kooperationsabkommens gewähren will, hieß es aus dem chinesischen Außenministerium lediglich vage, dies werde im Rahmen

der Möglichkeiten Chinas geschehen. (SCMP, 13.11.00)

Laos ist als Mekong-Anrainerstaat ebenso wie Birma wichtig für China. Eine Einigung über den Schiffsverkehr auf dem Mekong sowie über eine gemeinsame Strategie für die Entwicklung der Region könnte sich aus chinesischer Sicht insbesondere positiv auf den bilateralen Handel mit Thailand auswirken, da man der Flussschifffahrt zwischen Simao im Süden der chinesischen Provinz Yunnan und Chiang Rai im Norden Thailands ein großes Wachstumspotenzial für den Warentransport zuspricht. Erst Anfang Oktober hatten sich die Verhandlungsführer der vier beteiligten Staaten auf den Entwurf von gemeinsamen Regeln für die Schifffahrt auf dem Mekong geeinigt, der den Regierungen zur weiteren Beratung vorgelegt wurde. (*Bangkok Post* online, 1.10.00, nach FBIS, 1.10.00)

Auch aus strategischer Sicht misst Beijing Laos auf Grund seiner geografischen Lage am Mekong-Korridor Bedeutung bei. Eine beschränkte Zusammenarbeit im Sicherheits- und Verteidigungsbereich wurde daher ebenfalls bereits aufgenommen. (*The Nation* online, 15.11.00, nach FBIS, 15.11.00) -kg-

7 Chinas wachsende Rolle in Südostasien - Politisierung von APEC und WTO?

Nicht erst das Mitte November im Sultanat Brunei stattgefundene achte informelle Treffen der Staatschefs des Asien-Pazifik-Forums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (APEC) lieferte Anhaltspunkte für die große Bedeutung, die die VR China der Region Südostasien beimisst. Auf dem Treffen wurde der chinesische Präsident Jiang Zemin begleitet von Vizepremier Qian Qichen, Außenminister Wang Jiaxuan, Vize-Außenminister Wang Guangya, weiteren ranghohen Vertretern des Außenministeriums sowie Außenhandelsminister Shi Guangsheng (XNA, 16.11.00). Allein diese Liste der Mitglieder der chinesischen Delegation zeugt von dem Übergewicht der außenpolitischen Dimension des Treffens aus Beijinger Sicht.

Handel und Wirtschaft standen neben der zunehmenden digitalen Kluft zwi-

schen den Ländern des Nordens und den Ländern des Südens zwar auch im Mittelpunkt der Rede Jiang Zemin auf dem Gipfeltreffen. Er prangerte jedoch auch den aufkeimenden Protektionismus in der westlichen Welt an. Ohne die USA oder die EU-Staaten namentlich zu nennen, wandte er sich jedoch insbesondere gegen die Versuche „bestimmter Länder“, unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Globalisierung „anderen Ländern ihre Werte, ihr ökonomisches Regime und ihr gesellschaftliches System aufzuzwingen“. Er forderte explizit gemeinsame Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, durch demokratische Konsultationen bei vollständiger Partizipation der Staaten ein effektives internationales Regelwerk zu formulieren, wodurch der Prozess der Globalisierung zu einem Mittel zur Verkleinerung des Nord-Süd-Gefälles werde. In dieser Hinsicht sei auch die Globalisierung von Technologien und von Wissen von großer Bedeutung. Die internationalen Regeln zum Schutz geistigen Eigentums müssten daher entsprechend verändert werden, um eine größere Teilhabe aller an den Früchten des wissenschaftlichen und technologischen Fortschritts zu ermöglichen. (Xinhua, 16.11.00, nach SWB, 18.11.00)

Über die verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern der Region wuchs in den letzten Jahren auch der politische Einfluss Chinas auf Südostasien (vgl. Übersichten zu Laos und Kambodscha). Dies geschah im Zuge der wirtschaftlichen Krise in Asien, gegen die sich China bemerkenswert resistent gezeigt hatte. In Indonesien beispielsweise wird dies auch von einer antiamerikanischen Stimmung gefördert, die nach der Einstellung von Waffenlieferungen aus den USA seit der Krise in Ost-Timor die Stelle der ursprünglichen antichinesischen Ressentiments eingenommen hat und der VR China Gelegenheit gibt, näher an Indonesien heranzurücken und die Einheit asiatischer Interessen zu beschwören. (vgl. IHT, 10.11.00)

Im Interesse der Länder des Asien-Pazifik-Raums liegt nach dem Wortlaut einer Gemeinsamen Erklärung der Teilnehmer der APEC-Tagung auch der schnellstmögliche Beitritt Chinas zur WTO. Damit verbunden

ist unmissverständlich auch die Hoffnung auf einen neuen Fürsprecher für die Interessen des Südens in einer geforderten neuen Runde von WTO-Gesprächen. (XNA, 17.11.00)

Unter den Industriestaaten in der WTO wächst angesichts des wachsenden Gewichts Chinas in Asien und in Afrika die Furcht vor einer Politisierung der Welthandelsorganisation (NZZ online, 17.11.00). Nicht nur das Eintreten Chinas für eine neue und gerechte Weltwirtschaftsordnung und sein Anspruch, stellvertretend für die Interessen der Entwicklungsländer zu handeln, lassen eine Politisierung im Sinne Beijings als wahrscheinlich erscheinen. Auch die Verkettung wirtschaftlicher Kooperation mit politischen Zielvorgaben scheint für diese These zu sprechen. So war z.B. verschiedentlich geäußert worden, französische Versicherungsunternehmen seien im WTO-Verhandlungspoker zwischen der EU und China trotz des erreichten chinesischen Entgegenkommens im Zusammenhang mit der Vergabe von Lizenzen an ausländische Versicherungen leer ausgegangen, weil Beijing die Lieferung eines französischen Aufklärungssatelliten an Taiwan hatte bestrafen wollen (SCMP online, 11.11.00) -kg-

8 Ein Schritt auf dem Weg zur Klärung des Grenzverlaufs mit Indien

In einem ungewöhnlichen Schritt hatte sich der indische Verteidigungsminister George Fernandes Anfang November persönlich in den an China grenzenden Bundesstaat Arunachal Pradesh aufgemacht, aus dem zuvor Grenzverletzungen durch chinesische Militäreinheiten gemeldet worden waren. Im Anschluss an diesen Besuch hatte sich der Minister beeilt zu erklären, es lägen keinerlei Erkenntnisse für das Eindringen chinesischer Einheiten auf indisches Gebiet vor. (*The Telegraph*, 5.11.00, nach FBIS, 5.11.00; *The Hindu*, 9.11.00, nach FBIS, 9.11.00)

Auch der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Sun Yuxi, erklärte am 16. November auf einer Pressekonzferenz in Beijing auf Nachfrage, derlei Vorwürfe seien vollkommen unbegründet. Vielmehr habe es seit

der 1993 zwischen Indien und China unterzeichneten Vereinbarung über die Wahrung von Frieden und Ruhe entlang der Demarkationslinie (vgl. C.a., 1993/9, Ü 1) keinerlei Probleme an der Grenze gegeben. Dazu habe nicht zuletzt auch die Vereinbarung über vertrauensbildende Maßnahmen auf militärischem Gebiet von 1996 (vgl. C.a., 1996/11, S. 1108/18) beigetragen. (XNA, 17.11.00)

Der Ursprung der heutigen Probleme reicht zurück bis zum Anfang der sechziger Jahre. Nach der indischen Unabhängigkeit wurden letztmalig 1960 Karten über den bereits damals umstrittenen Grenzverlauf zwischen Indien und China ausgetauscht. (*The Telegraph*, 5.11.00, nach FBIS, 5.11.00) Die Volksrepublik China betrachtete die damals bestehende Grenzziehung zum indischen Bundesstaat Arunachal Pradesh durch die so genannte MacMahon-Linie als illegal (*The Hindu*, 9.11.00, nach FBIS, 9.11.00); und auch heute wird die Grenzfrage in Beijing als historisches Problem bezeichnet, das Anfang des Jahrhunderts vom britischen Kolonialismus erst geschaffen worden sei (XNA, 17.11.00).

1962 waren chinesische Truppen in das weitgehend menschenleere, umstrittene Gebiet einmarschiert und hatten mit der Annektierung eines Teils des durch die MacMahon-Linie als indisch festgelegten Territoriums den Versuch einer faktischen einseitigen Korrektur des Grenzverlaufs unternommen. Auch nach der 1993 erfolgten Unterzeichnung des Abkommens über die als „Line of Actual Control“ (LAC) bezeichneten Demarkationslinie zwischen beiden Ländern war es aus indischer Sicht weiterhin zu chinesischen Grenzüberschreitungen gekommen. Indien warf China vor, immer wieder durch gezielte Verletzungen der Grenze durch Militärpatrouillen, bewaffnete und berittene Zivilisten sowie Vieh treibende Nomaden eine fortgesetzte schleichende Annektierungspolitik zu betreiben. Besonders in den letzten Jahren sei es zu einer verstärkten Präsenz chinesischen Militärs in der umstrittenen Region gekommen, nachdem China sich zu einer verstärkten Kontrolle seiner Landgrenzen entschlossen hatte. (*The Hindu*, 9.11.00, nach FBIS, 9.11.00)

Die besondere Problematik besteht darin, dass sich beide Seiten zwar 1993 auf die „Line of Actual Control“ geeinigt hatten, jedoch kein Kartenmaterial über den genauen Verlauf ausgetauscht worden war und offensichtlich Meinungsverschiedenheiten über diesen Punkt bestehen. Die chinesische Seite hatte lange Zeit eine Kartierung des Verlaufs der Demarkationslinie mit der Begründung verweigert, beide Seiten wüssten, wo diese Linie verlaufe (ebd.).

Das ungewöhnliche Herunterspielen einer aus indischer Sicht möglicherweise erneut stattgefundenen chinesischen Verletzung der LAC durch den indischen Verteidigungsminister Anfang November dürfte im Zusammenhang mit dem zu diesem Zeitpunkt unmittelbar bevorstehenden achten Treffen der mit der Grenzfrage befassten bilateralen Arbeitsgruppe seit 1993 stehen.

Erstmalig wurden auf diesem Treffen am 13. November in Beijing Karten zum Verlauf eines Teilabschnitts der Demarkationslinie ausgetauscht. Dabei handelt es sich um den 545 km langen mittleren Abschnitt des Grenzverlaufs zwischen China und Himachal Pradesh und Uttranchal auf indischer Seite. (*The Pioneer*, 25.11.00, nach FBIS, 25.11.00) Damit ist der Weg frei für Verhandlungen um eine endgültige Grenzziehung in diesem Grenzabschnitt auf der Basis des von beiden Seiten vorgelegten Kartenmaterials zum umstrittenen Verlauf der LAC.

Es wird erwartet, dass man sich zunächst auf den mittleren Grenzabschnitt und das etwa 2.000 km² große betroffene Gebiet konzentrieren wird, um dann auch die westliche Grenzregion zwischen Tibet und Ladakh sowie den östlichen Abschnitt der chinesischen Grenze zum indischen Bundesstaat Arunachal Pradesh mit einzubeziehen. (*The Pioneer*, 25.11.00, nach FBIS, 25.11.00)

Aus chinesischer Sicht handelt es sich bei den Verhandlungen mit Indien um die Beilegung der letzten großen Grenzstreitigkeiten, nachdem die ursprünglich ebenfalls umstrittenen Landgrenzen zu Russland und Vietnam bereits durch bilaterale Verträge festgelegt werden konnten. -kg-

9 Gemeinsam mit Deutschland gegen organisierte Kriminalität

Der deutsche Innenminister Schily und der chinesische Minister für Öffentliche Sicherheit, Jia Chunwang, legten am 14. November in Beijing mit der Unterzeichnung eines Abkommens die Rechtsgrundlage für eine Zusammenarbeit in der Bekämpfung des internationalen organisierten Verbrechens. Mit dem Abkommen besteht nunmehr eine Basis für die gemeinsame Verfolgung von Drogenverbrechen, illegalem Waffenhandel, Geldwäsche, Wertpapier- und Kreditkartenbetrug und anderen Formen der Wirtschaftskriminalität, Herstellung und Verbreitung von Falschgeld, Schmuggel mit radioaktiven Stoffen sowie nicht zuletzt illegaler Einwanderung. (FAZ, 15.11.00)

Das Abkommen über polizeiliche Zusammenarbeit, mit dem der vorläufige Schlusspunkt unter fünf Jahre währende Verhandlungen gesetzt wurde, ist keineswegs unumstritten. Insbesondere Menschenrechtsgruppen verwiesen in diesem Zusammenhang darauf, dass Polizeieinsätze bis hin zum Vorwurf der Folter sogar vom chinesischen NVK bereits diskutiert worden seien (SZ online, 15.11.00). Auf entsprechende Journalistenfragen verwies Schily darauf, dass in der Präambel der Vereinbarung explizit auf die Menschenrechtsbestimmungen der UN-Charta Bezug genommen werde (FAZ, 15.11.00), die von China bislang allerdings noch nicht ratifiziert wurden. Seinen Besuch in China sehe er darüber hinaus als Teil des Dialogs über die Menschenrechte (SZ online, 15.11.00).

Schily betonte, asiatische Verbrechergruppen operierten im internationalen Rahmen; im Rahmen nationaler Grenzen seien diese daher nicht zu bekämpfen (SCMP online, 17.11.00). Im Übrigen seien jedoch weder eine operative Zusammenarbeit noch der Austausch personenbezogener Daten geplant (FAZ, 15.11.00). Die über Interpol bereits praktizierte Kooperation zwischen Deutschland und China (SCMP online, 17.11.00) wird in erster Linie um den direkten Informationsaustausch hinsichtlich schwerer internationaler Verbrechen ergänzt. Hinzu kommen der geplante Austausch

von Verbindungsbeamten und mögliche Fortbildungsmaßnahmen für chinesische Polizisten in Deutschland (SZ online, 15.11.00).

Während des Besuchs geführte Verhandlungen über ein von deutscher Seite angestrebtes Abkommen über die Rückführung von illegalen chinesischen Einwanderern blieben ergebnislos. Während Deutschland ebenso wie andere westliche Staaten in dieser Hinsicht auf verbindliche Zusagen der chinesischen Regierung drängt, ist die VR China bislang zu keiner bindenden Festlegung bereit. Zwar stellen die 8.000 illegalen Einwanderer aus China, die gegenwärtig in Deutschland auf ihre Repatriierung warten, im internationalen Vergleich nur ein kleines Problem dar. Die VR China fürchtet jedoch im Falle einer Unterzeichnung einer Rückführungsverpflichtung mit einem Land einen Dambruch, da das Problem der Repatriierung illegaler chinesischer Zuwanderer in vielen Ländern ein zahlenmäßig weitaus größeres Problem darstellt und diese Länder schon heute ebenfalls auf entsprechende Vereinbarungen drängen. (SCMP online, 17.11.00)

Bisher verlangen beispielsweise die chinesischen Vertretungen in Deutschland von den deutschen Strafverfolgungsbehörden den eindeutigen Beweis dafür, dass es sich bei einem illegalen Einwanderer tatsächlich um einen chinesischen Staatsbürger handelt. Ohne diesen Nachweis und eine zusätzliche eindeutige Identifizierung der in der Regel ohne Pass oder ähnliche Dokumente angetroffenen Person werden von chinesischer Seite die Ausstellung von Personaldokumenten und die Rückführung nach China verweigert.

Die Verweigerung verbindlicher Zusagen der chinesischen Regierung im Kontext der Rückführung illegaler chinesischer Einwanderer aus Deutschland wird allgemein als größter Hinderungsgrund in dem chinesischen Bemühen um eine Vereinfachung der gegenseitigen Visa- und Reisebestimmungen angesehen (SCMP online, 17.11.00). (Vgl. auch die Übersicht zur SVR Hongkong in diesem Heft) -kg-

10 Entgegenkommen beim Menschenrechtsdialog im chinesischen Interesse

Auf dem voraussichtlich letzten Treffen zwischen Jiang Zemin und Clinton vor dem Ausscheiden des US-Präsidenten aus dem Amt im kommenden Januar stellte der chinesische Präsident Mitte November am Rande der APEC-Tagung im Sultanat Brunei die Wiederaufnahme des amerikanisch-chinesischen Dialogs über die Menschenrechte in Aussicht. In dieser Frage habe prinzipielles Einvernehmen zwischen den beiden Amtsinhabern geherrscht. Ein Datum für den neuerlichen Beginn der Gespräche wurde am Ende des als emotional bezeichneten Treffens jedoch nicht genannt. Einzelheiten über die Wiederaufnahme des Dialogs, der nach der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch amerikanische Kampfflugzeuge im Mai letzten Jahres abgebrochen worden war, sollten später festgelegt werden. (SCMP, 17.11.00; FT, 17.11.00)

Nur wenige Tage nach dem Treffen wurde in Beijing am 20. November 2000 von der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, und dem Stellvertretenden Außenminister der VR China, Wang Guangya, ein Memorandum über die Entwicklung und Umsetzung von technischen Kooperationsprogrammen für Menschenrechte unterzeichnet. Frau Robinson bewertete die Unterzeichnung als Meilenstein und würdigte die deutlichen Erfolge, die die chinesische Seite hinsichtlich der Förderung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte seit der Unterzeichnung zweier internationaler Menschenrechtskonventionen im Jahr 1997 errungen habe. (Xinhua, 20.11.00, nach SWB, 22.11.00)

Während die UN-Hochkommissarin ihrer Hoffnung Ausdruck verlieh, China werde zukünftig seinen „moralischen Relativismus“ aufgeben und sich der universalen Geltung der internationalen Menschenrechtsstandards unterwerfen, wiederholte der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin nur einen Tag später den bekannten chinesischen Standpunkt, jedes Land besitze seine eigene Geschichte und Kultur und müsse daher in Bezug auf das Thema Menschenrechte eigene Heran-

gehensweisen entwickeln (*The Economist*, 25.11.00). Bereits zuvor hatte Wang Guangya betont, China hoffe durch die geplanten gemeinsamen Projekte mehr über die Verfahrensweisen in der internationalen Gemeinschaft lernen, gleichzeitig aber auch der internationalen Gemeinschaft zu einem besseren Verständnis für die Situation Chinas verhelfen zu können (Xinhua, 20.11.00, nach SWB, 22.11.00).

Mit den Kooperationsprogrammen, die in dem Dokument für die kommenden zwei Jahre vorgesehen sind, sollen Polizei, Staatsanwälte, Richter und Akademiker in China in Hinsicht auf den Schutz von bürgerlichen und politischen Rechten fortgebildet werden. Man geht jedoch davon aus, dass sich die chinesische Seite davon in erster Linie größere Erfolge in der Bekämpfung des weit verbreiteten Amtsmissbrauchs von Angehörigen der Sicherheitsbehörden und anderer Amtsinhaber verspricht. (*The Economist*, 25.11.00)

Ein weiterer Aspekt dürfte die Verbesserung des internationalen Images sein, die mit der Unterzeichnung erzielt werden soll. Westliche Menschenrechtsgruppen warnten denn auch vor allzu großen Hoffnungen, da die chinesische Regierung oftmals die bloße Existenz derartiger Vereinbarungen als Beleg für ihre Fortschritte bei der Verwirklichung der universalen Menschenrechte heranziehe, ohne jedoch eine reale Verbesserung der Situation herbeizuführen (ebd.). -kg-

11 Aktivere Rolle Chinas im Nahost-Konflikt?

Nach Auskunft des Sprechers des chinesischen Außenministeriums Zhu Bangzao auf einer Pressekonferenz am 9. November in Beijing nimmt die VR China nunmehr aktiv an den Anstrengungen anderer Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft zur Beilegung der Nahost-Krise zwischen Israel und Palästinensern teil. Außenminister Tang Jiaxuan habe sich in dieser Sache an UN-Generalsekretär Kofi Annan gewandt, um die chinesische Position zu erläutern. (XNA, 10.11.00)

Sun Yuxi, ebenfalls Sprecher des chinesischen Außenministeriums, bekräf-

tigte am 14. November die chinesische Besorgnis hinsichtlich der Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts und führte aus, China sei gewillt, seinen Part im Rahmen der internationalen Bemühungen um die Beilegung der Krise zu übernehmen. (China National Radio Taiwan Service, 14.11.00, nach SWB, 16.11.00)

Vorausgegangen waren getrennte Gespräche des Außenministers Tang Jiaxuan mit den diplomatischen Vertretern arabischer Staaten in China sowie des Stellvertretenden Außenministers Ji Peiding mit Vertretern der vier anderen Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats USA, Frankreich, Großbritannien und Russland sowie mit dem israelischen Botschafter in China. Die arabischen Gesandten hatten nach chinesischer Darstellung Minister Tang über ihre Sicht der Krise informiert und China um ein stärkeres Engagement ersucht. Gegenüber Israel und den Gesandten der anderen vier Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates verdeutlichte Vizeminister Ji die chinesische Haltung in dieser Sache. (Xinhua, 9.11.00, nach SWB, 11.11.00)

Demnach sei China äußerst besorgt über die anhaltenden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Israel und Palästina, die bereits eine große Zahl von Opfern unter der palästinensischen Zivilbevölkerung gefordert hätten, den Nahost-Friedensprozess geschädigt und große Unruhe in die gesamte Region getragen hätten. China fordere daher beide Seiten mit Nachdruck auf, die erreichte Waffenstillstandsvereinbarung einzuhalten und schnellstens praktische und effektive Maßnahmen zu ergreifen, um eine weitere Verschlechterung der Entwicklung zu verhindern (ebd.).

Nach Ansicht des chinesischen Außenministeriums tragen die Vereinten Nationen und insbesondere der UN-Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens. Letzterer sollte daher effektive Maßnahmen zur Entspannung im Nahen Osten ergreifen. China sei in diesem Zusammenhang bereit, mit der internationalen Gemeinschaft an einer gerechten Lösung des Konflikts zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zu arbeiten. Abgesehen von regelmäßigen Konsultationen zur Nahost-

Problematik wurde zwischen China und den anderen Mitgliedern des Sicherheitsrats jedoch nichts vereinbart (ebd.). Wie die chinesische Regierung ihre aktivere Rolle in der Vermittlung in diesem Krisenherd begreift, bleibt damit vorerst weiter im Dunklen. -kg-

12 Hilfe für den Sudan und Öl für China?

Auf einem dreitägigen Staatsbesuch Mitte November im Sudan bekräftigte der chinesische Vizepräsident Wu Bangguo den Willen seines Landes, die Zusammenarbeit mit dem Sudan auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet weiter auszubauen und „zu einem Modell für die Süd-Süd-Kooperation“ entwickeln zu wollen. (XNA, 18.11.00)

Wu, der seit dem Besuch des damaligen Außenministers Qian Qichen im Jahr 1994 ranghöchste Vertreter der VR China, der den Sudan besucht, bestätigte, dass Sudan eines der Länder sein werde, die von dem auf dem sino-afrikanischen Gipfeltreffen (vgl. C.a., 00/10, Ü 4) angekündigten Schuldenerlass für afrikanische Länder profitieren sollen (XNA, 17.11.00). Über den finanziellen Umfang wurde jedoch keine Angabe gemacht.

In Gesprächen mit dem sudanesischen Präsidenten Omar Hassan el-Bashir und dem Ersten Vizepräsidenten Ali Osman Mohamed Taha würdigte Wu Bangguo die Anstrengungen der sudanesischen Regierung um die Wahrung der Souveränität und der territorialen Integrität des Landes. Während die chinesische Seite hinsichtlich ihrer Haltung zum 17 Jahre dauernden Bürgerkrieg zwischen der Regierung im moslemischen Nord-Sudan und überwiegend christlichen und animistischen Religionen angehörenden Rebellen Gruppen im Süd-Sudan das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten bekräftigte, verlieh der sudanesischen Vizepräsident der Wertschätzung seines Landes für die Haltung Chinas zu den Anstrengungen seiner Regierung um die nationale Einheit Ausdruck. Darüber hinaus hoffe er, China werde zukünftig einen Beitrag zum Wiederaufbau des Süd-Sudan leisten. (XNA, 17.11.00)

Beide Seiten unterzeichneten ein Abkommen zur Errichtung eines Elektri-

zitätswerkes im Sudan mit Hilfe von chinesischen Krediten sowie ein weiteres Dokument über chinesische finanzielle Hilfen an den Sudan in nicht genannter Höhe. Sowohl der Sudan als auch die VR China zeigen besonderes Interesse an der Fortführung der gemeinsamen Erschließung von Erdölvorkommen im Sudan. China will auf diesem Gebiet sein Engagement zukünftig ausbauen. (XNA, 17.11.00) Wie in der Zusammenarbeit mit anderen afrikanischen Ländern auch dürfte das chinesische Interesse besonders der langfristigen Sicherung von Rohstoffen für die chinesische Wirtschaft dienen. -kg-

Innenpolitik

13 Verhängung von 14 Todesurteilen in erster Prozessrunde zum Xiamener Schmuggelskandal

In der ersten Prozessrunde zum Schmuggelskandal von Xiamen sind am 8. November 14 Todesurteile verhängt worden, darunter drei mit zweijähriger aufschiebender Wirkung. 70 weitere Personen wurden zu teilweise langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt, darunter 12 zu lebenslänglicher Haft.

Das Strafverfahren in diesem Schmuggelskandal, der als der größte in der Geschichte der VR China gilt, war Mitte September eröffnet worden. Die Urteilsverkündung, die für Mitte Oktober erwartet worden war, hatte sich angeblich auf Grund immer neuer Implikationen der Aussagen einzelner Angeklagter für die Beweislage in anderen Prozessen deutlich verzögert (XNA, 9.11.00; SCMP, 9.11.00; *Hong Kong iMail* web site, 8.11.00; FT, 9.11.00; vgl. C.a., 00/9, Ü 15).

Angeblich waren in der VR China noch nie so viele Regierungs- und Parteifunktionäre in ein Strafverfahren involviert. Die Führungsspitze ist bemüht, durch die rigide strafrechtliche Verfolgung der an dem Schmuggelskandal Beteiligten und die drakonischen Strafmaße ihre Entschlossenheit im Kampf gegen die Korruption unter

Beweis zu stellen. Die Urteilsverkündung wurde im staatlichen Fernsehen übertragen.

Dennoch wurden wie zuvor verschiedene kritische Stimmen darüber laut, dass die höchstrangigen Vertreter aus Partei-, Regierungs- und Militärapparat, deren Involvierung in den Skandal vermutet wird, nicht zur Rechenschaft gezogen würden. Tatsächlich handelt es sich bei den nun Verurteilten um die „mittlere Charge“ von Partei- und Regierungsvertretern. Die Liste der zum Tod verurteilten Personen macht dies deutlich. Das Todesurteil ohne aufschiebende Wirkung erhielten folgende elf Personen:

- Yang Qianxian, früherer Leiter der Xiamener Zollbehörde;
- Zhuang Rushun, früherer stellvertretender Direktor des Büros für öffentliche Sicherheit der Provinzregierung von Fujian;
- Lan Pu, früherer stellvertretender Bürgermeister von Xiamen;
- Ye Jiachen, früherer Direktor der Xiamener Filiale der Industrial and Commercial Bank of China;
- Wu Yubo und Fang Kuangrong, frühere Beamte in der Xiamener Zollbehörde;
- Wang Jinting, Jie Peigong, Huang Shanying, Zhuang Mingtian und Li Tuzhuan (Ämter nicht benannt).

Todesurteile mit zweijähriger aufschiebender Wirkung wurden verhängt gegen:

- Wang Kexiang, Leiter der Public-Relations-Abteilung des Xiamener Büros für öffentliche Sicherheit;
- Huang Kezhen und Chen Wen-yuan (Ämter nicht benannt).

Lebenslange Haftstrafe erhielt unter anderen der frühere stellvertretende Parteisekretär der Stadt Xiamen, Liu Feng (XNA, 9.11.00).

Bisher nicht belangt wurden dagegen mehrere hochrangige Funktionäre, denen eine Verwicklung in den Skandal unterstellt wird. Dabei handelt es sich unter anderen um den ehemaligen stellvertretenden Minister der staatlichen Polizei Li Jizhou, den früheren Leiter des Militärnachrichtendienstes, General Ji Shengde, sowie um Familienangehörige des Politbüromitglieds